

Journalisten im eigenen Land immer wieder demonstrativ verweigert. Allein der FCCJ habe in den zwei Jahren der bisherigen Amtszeit Abes rund ein Dutzend Mal darum gebeten, daß Japans Regierungschef seine Politik auch dort erläutere. Immer sei dies abgelehnt worden, und immer wieder habe es inoffiziell auch geheißt, daß kritische Fragen eben unerwünscht seien.

Selbst verglichen mit nicht-demokratischen Staaten sei das Vorgehen der Regierung Abe auffallend. Auch Rufmordkampagnen gegen ausländische Journalisten, die kritisch über die Politik berichtet hatten, Japans Geschichte weißzuwaschen und die Verantwortung für die Gräueltaten des Weltkrieges zu leugnen, habe es gegeben.

Vor diesem Hintergrund bekommt das Gesetz über den Verrat von Staatsgeheimnissen eine besondere Dimension, weil angesichts der Versuche, die Medien auf Linie zu bringen, die Kritik an der Regierung für viele Journalisten bereits zum Risiko zu werden droht, erklärt Germis. „Ich spüre, daß Japan an einem Wendepunkt angelangt ist“, zitiert Germis den Literatur-

nobelpreisträger Kenzaburo Oe dazu aus einem Interview mit der Zeitung „Tokyo Shimbun“, einem der wenigen liberalen Blätter, die in Japan noch die Pressefreiheit hochhielten. Kritiker wie er würden das Gesetz auch als Teil von Abes angestrebter Abkehr von der pazifistischen Nachkriegsverfassung sehen. ●

Atomwirtschaft

Protest gegen milliardenschwere Atom-Beihilfen der EU

Auf der Projektliste der EU-Mitgliedsstaaten, die am 9. Dezember 2014 von den Finanzministern erstmals diskutiert wurde, stehen zahlreiche Atomenergie-Projekte. Großbritannien will für drei Atomkraftwerke, Hinkley Point C, Wylfa und Moorside, über 60 Milliarden Euro aus dem Investitionstopf. Polen will sich den Einstieg in die Atomenergie mit über zwölf Milliarden Euro finanzieren lassen. Auch Rumänien, Lettland, Ungarn, die Tschechische Republik und Rumänien haben Investitionen in Atomenergie angekündigt. Ungarn beauftragte zudem Russland mit dem Bau von zwei neuen Reaktoren vom Typ WWER-1200 auf dem Gelände des Atomkraftwerks Paks, wie die russische Rosatom am 10. Dezember 2014 mitteilte.

Gegen die Subventionierung dieser Risiko-Technologie regt sich Protest. „Wir nehmen nicht hin, dass die Atomkraft weiterhin gefördert wird. Die Zukunft gehört den sanften Technologien, der Energieeinsparung und der Energieeffizienz“, schreibt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI).

Die Gorleben-GegnerInnen unterstützen die Initiative der Elektrizitätswerke Schönau. Die Schwarzwälder „Stromrebell“ haben eine offizielle Beschwerde an die General-

sekretärin der EU-Kommission übersandt. Der Beschluss der EU-Kommission, mit dem staatliche Beihilfen für neue Atomkraftwerke genehmigt werden, verstoße gegen europäisches Wettbewerbsrecht. Die EWS starteten am 10. Dezember 2014 eine öffentliche Massenbeschwerde-Aktion. Mit der Kampagne „Kein Geld für Atom – Stoppt Brüssel!“ können Tausende Menschen sich der Beschwerde der EWS anschließen, um den skandalösen Beschluss der EU-Kommission anzufechten.

Trotz erheblicher drohender Wettbewerbsverzerrungen hatte die alte EU-Kommission noch kurz vor Ende ihrer Amtszeit im Oktober 2014 massive staatliche Subventionen Großbritanniens für den Bau von zwei neuen Atomreaktoren genehmigt. Demnach darf die britische Regierung dem Betreiberkonsortium unter Führung des französischen Staatskonzerns Electricité de France (EdF) Bürgschaften in Höhe von über 21 Milliarden Euro für den Bau des Atomkraftwerks zusichern. Noch schwerer wiegt die garantierte Vergütung für diesen Atomstrom: Mit Beginn der Stromerzeugung (geplant für 2023) wird der Garantiepreis dann bei rund 11 Cent pro Kilowattstunde liegen. Dieser soll über einen Zeitraum von 35 Jahren gewährt werden. Hinzu

kommt auch noch ein jährlicher Inflationsausgleich. Nach Berechnungen der Financial Times wächst dadurch die Garantievergütung bis zum Ende des Förderzeitraums auf 35 Cent je Kilowattstunde an. Zum Vergleich: Eine große Photovoltaik-Anlage in der Bundesrepublik bekommt heute über das Erneuerbare-Energien-Gesetz eine Vergütung von etwa 8,9 Cent/kWh, die jedoch nur über 20 Jahre und ohne Inflationsausgleich gezahlt wird.

Sebastian Sladek, Geschäftsführer der Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH und designierter Vorstand der Netzkauf EWS eG stellt hierzu klar: „Nur durch diese Subventionen wird der Bau unrentabler Atomreaktoren möglich – auch 60 Jahre nach Beginn der zivilen Nutzung ist die Atomenergie immer noch unwirtschaftlich. Mit der Entscheidung zu Hinkley Point C schafft die EU-Kommission einen Präzedenzfall, der geeignet ist, einen Dammbrech auszulösen und dem Neubau von Atomkraftwerken in Europa Tür und Tor zu öffnen. Nach dem Vorbild Hinkley Point könnten nun weitere Neubauprojekte in ganz Europa vorangetrieben werden. Leidtragende sind die Bürgerinnen und Bürger, die nicht nur die exorbitanten Kosten, sondern auch die unkalkulierbaren Risiken der Atomtechnologie tragen müssen.“

Die Österreichische Regierung hat gegen die Entscheidung der EU-Kommission eine Klage beim Europäischen Ge-

richtshof (EuGH) angekündigt. Der EWS ist der Klage wegen dagegen gesperrt, weil nur Organe der EU vor dem EuGH klagen können. Daher hat sich die EWS entschieden, Beschwerde einzulegen – ein Recht, das jeder Bürgerin und jedem Bürger der EU zusteht. Dieser Mitmachaktion können sich Bürgerinnen und Bürger schnell und unkompliziert über das Internet unter der nachfolgend angegebenen Adresse anschließen und damit auch die österreichische Klage solidarisch flankieren.

Weitergehende Informationen und die Beschwerdeschrift der EWS im Wortlaut unter www.ews-schoenau.de/kampagne. ●

Atomwirtschaft

Deutsche Fassung des polnischen Atomprogramms veröffentlicht

Das Bundesumweltministerium hat am 18. Dezember 2014 die deutsche Fassung des polnischen Atomprogramms für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Unterlagen, die dem Ministerium von polnischer Seite übersandt worden waren, sind auf der Internetseite des BMUB abrufbar. Daraus geht hervor, dass Polen zunächst einen AKW-Block errichten will. Über den Standort ist noch nicht entschieden.